

Mit Naturnotwendigkeit eintretende Veränderungen – Oder: Was die Regierung Kohl zum Mauerfall beitrug*

Von Hanns Jürgen Küsters

Niemand glaubte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre an eine unmittelbar bevorstehende Wende in der Nachkriegsgeschichte. Konnten wir es wirklich nicht ahnen? »Alle großen historischen Ereignisse«, meinte Konrad Adenauer in seinen Erinnerungen, »treten fast nie in stürmischer Entwicklung von heute auf morgen ein«. Die »auf Grund innerer Entwicklungen mit Naturnotwendigkeit eintretenden Veränderungen« seien zwar »langsamer, aber erfolgreicher«.¹

War vielleicht der Fall der Mauer in Wirklichkeit gar kein schlagartiger Umschwung, sondern lediglich der Endpunkt einer behäbigen Schritt-für-Schritt-Politik, deren Erfolg kaum jemand mehr für möglich hielt? Wir können die Frage auch anders stellen: Was hat die Bundesregierung unter Helmut Kohl zum Fall der Mauer beigetragen?

Jene komplexen Entwicklungen, die zur Beseitigung der Teilung Deutschlands und Europas 1989/90 führten, kann nur verstehen, wer drei grundsätzliche Aspekte in Betracht zieht. Erstens sind die deutschlandpolitischen Rahmenbedingungen, unter denen die christdemokratisch-liberale Regierung Kohl/Genscher im Oktober 1982 ihr Amt antrat, und ihre Zielsetzungen darzulegen. Als Zweites ist zu fragen, inwieweit hat die Politik der Regierung Kohl die Entwicklungen des Jahres 1989 beschleunigt. Und drittens bleibt zu prüfen, welche kurzzeitig, konstellationsbedingt wirksamen Faktoren die Ereignisse des 9. November 1989 begünstigten.

Ausgangssituation

Der nach dem Regierungswechsel 1982 befürchtete radikale Kurswechsel in den innerdeutschen Beziehungen als Folge des sich verschlechternden Ost-West-Klimas nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan 1979/80 und der Verhängung des Kriegsrechts 1981 in Polen blieb aus. Vielmehr knüpfte die Regierung Kohl an die Deutschlandpolitik Konrad Adenauers und Willy Brandts an, indem sie Prinzipientreue in der Systemabgrenzung und

* Erweiterte Fassung eines Vortrags am 23. Oktober 2001 in Berlin im Rahmen der von der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstalteten Reihe »Deutschlandpolitik nach dem Mauerbau«
1 Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1955–1959*, Stuttgart 1967, S. 242.

beim Offenhalten der deutschen Frage bewies.² Durch ihre Pacta-sunt-servanda-Politik der Anerkennung des Grundlagenvertrages mit der DDR von 1972 und der Respektierung der Viermächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten stellte sie Kontinuität her. Die neue Regierung in Bonn respektierte de facto die DDR, weil diese nicht mehr zu ignorieren war und weil der bundesdeutsche Wähler aus dem Geist der Zeit ein auf Entkrampfung ausgerichtetes Nachbarschaftsverhältnis mit der DDR mehr honorierte als ein unveränderter Parteienstreit um die Entspannungspolitik. Das war keinesfalls selbstverständlich. Immerhin hatten CDU und CSU den Grundlagenvertrag im Deutschen Bundestag abgelehnt, sich beim Moskauer Vertrag von 1970 der Stimme enthalten³ und dem KSZE-Prozess äußerst skeptisch, ja teils ablehnend gegenüberstanden.

Unverändert aber bildeten der Auftrag des Grundgesetzes zur Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands und der Brief zur deutschen Einheit vom 12. August 1970 den rechtlichen Rahmen der Deutschlandpolitik. Die Bundesregierung folgte dem vereinbarten Modus vivendi mit der DDR,⁴ Felder gemeinsamer Zusammenarbeit zu suchen. Das wiederum implizierte auch: Beide Seiten wussten, es gibt offene Fragen, die derzeit nicht lösbar waren.

Genau genommen stellten die Regierungserklärungen Helmut Kohls vom Oktober 1982 und Mai 1983⁵ einen Kompromiss dar aus Elementen der Kontinuität zur Regierung Helmut Schmidt hinsichtlich der Prioritäten praktischer Kooperation, was die Verbesserung des Reise- und Besucherverkehrs, vor allem für Berlin, und den innerdeutschen Handel anbelangte, und einigen Gegenakzenten zum bisherigen deutschlandpolitischen Kurs. Kohl erwähnte den Nationalstaat der Deutschen, der »zerbrochen« sei, doch betonte er zugleich den Fortbestand der deutschen Nation. Damit setzte er den Kontrapunkt zur Regierungserklärung Brandts von 1969, der erstmals »zwei Staaten in Deutschland« anerkannte. Als Konzession an den Koalitionspartner bekräftigte Kohl den Satz Hans-Dietrich Genschers »Deutschlandpolitik ist europäische Friedenspolitik«. In der Folgezeit benutzte der Kanzler die Formel »Zusammenarbeit der deutschen Staaten« oder sprach von »beide Staaten in Deutschland«. Das implizierte die Anerkennung der Realitäten und die Akzeptanz dessen, was schon Adenauer wusste, aber öffentlich nie zu sagen gewagt hatte: Nämlich, dass sich die Wiedervereinigung nur zwischen den beiden

2 Regierungserklärung Kohls, 13. Oktober 1982, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages*, Sten.Ber., 9. WP, Bd. 122, S. 7213–7229, hier S. 7227f.

3 Peter GRAF KIELMANSEGG, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000, S. 210–212.

4 Zu diesbezüglichen Bemühungen der von SPD und FDP geführten Bundesregierung in den siebziger Jahren: Helga HAFTENDORN, *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, 1945–2000*, Stuttgart–München 2001, S. 177–209.

5 Regierungserklärung Kohls, 4. Mai 1983, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages*, Sten.Ber. 10. WP, Bd. 124, S. 56–74, hier S. 73f.

deutschen Staaten und Berlin abspielen werde.⁶ Doch auch Kohl hielt die Überwindung der Teilung »nur in historischen Zeiträumen« für denkbar.

Aus dem fundamentalen Dissens zwischen Regierung und Opposition seit 1969 über die De-facto-Anerkennung der DDR war nunmehr Konsens entstanden. Allerdings existierten weiterhin Auffassungsunterschiede über die Frage, ob nicht auch der Legitimitätsvorbehalt gegenüber dem SED-Regime fallengelassen werden solle. Damit verband sich das Problem, ob die deutsche Frage noch als offen zu bezeichnen sei. Kohl betonte den ideologischen Gegensatz zur DDR und lehnte insbesondere Erich Honeckers Geraer Forderungen nach endgültiger Anerkennung der innerdeutschen Grenze, eigener DDR-Staatsbürgerschaft und Abschaffung der Erfassungsstelle in Salzgitter angesichts von Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl⁷ ab.

Letztlich verfolgte die Regierung Kohl einen Mittelkurs zwischen Konfrontation gegenüber der DDR und dem Anspruch einer europäischen Friedenspolitik. Doch was erreichte sie mit der Fortsetzung der pragmatischen Deutschlandpolitik?

Erstens, im September 1983 wurde zunächst die erste, allerdings noch ziemlich schwache Rechtsgrundlage für Ausreiseanträge geschaffen, die ab 1984 zum Anstieg der Bewilligung von Übersiedlungsanträgen führte. Nachdem die Zahl der Westreisen von Bürgern aus der DDR unterhalb des Rentenalters 1984 bei 61 000 und 1985 bei 66 000 gelegen hatte, schnellte 1986 die Besucherzahl in die Höhe von knapp einer viertel Million (244 000) – ein Niveau, das in den siebziger Jahren niemand für möglich gehalten hätte. 1987 und 1988 lag die Zahl bei jeweils mehr als 1,2 Millionen Besuchern,⁸ von denen nicht einmal jeder Zweihundertste in der Bundesrepublik blieb. Immerhin konnten sich zwischen 1986 und 1988 aufgrund »dringender Familienangelegenheiten« knapp 3 Millionen Deutsche aus der DDR, also jeder Sechste, selbst einen Eindruck von westlichen Lebensverhältnissen verschaffen. Durch diese schleichende, aber qualitative Veränderung in den innerdeutschen Beziehungen bekam die Mauer weitere Risse und wurde poröser.

Zweitens, die ökonomische Abhängigkeit der DDR von der Bundesrepublik wuchs in den achtziger Jahren zusehends.⁹ Bei den Auseinandersetzungen über

6 Vgl. Hanns Jürgen KÜSTERS, *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990*, München 2000, S. 610–613.

7 Rede Honeckers zur Eröffnung des SED-Parteilehrjahres 1980/81 in Gera, 13. Oktober 1980, in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Reihe II/Bd. 8, 20. März 1980 – 1. Oktober 1982, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1983, S. 170–179, hier S. 177–179.

8 Angaben in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehung (Hg.), *Jahresbericht 1985*, Bonn 1986, S. 19; *Jahresbericht 1986*, Bonn 1987, S. 20; *Jahresbericht 1987*, Bonn 1988, S. 25.

9 Siegfried KUPPER, *Eine »schonungslose offene« Information. Der wirtschaftliche Leistungsvergleich der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR im Vorfeld des Honecker-Besuchs in Bonn 1987*, in: *Deutschland Archiv* 34 (2001), S. 759–768.

die Bürgschaft für einen Milliardenkredit der DDR bei westdeutschen Banken 1983 handelte es sich vordergründig um einen Streit über unterschiedliche Handlungsstrategien. Franz Josef Strauß bezweckte nach dem Prinzip Leistung und Gegenleistung, die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen als Hebel zu benutzen, um die SED-Führung zu humanitären Zugeständnissen zu veranlassen.¹⁰ Kohl und Genscher hingegen wollten nie so recht am innerdeutschen Handel rühren, weil die Menschen in der DDR darunter zu leiden hätten. Jeder neue Impuls in den deutsch-deutschen Beziehungen stärkte nach Meinung Genschers aber zugleich den Zusammenhalt der Nation und diente der Stabilität in Europa.¹¹

Mit Gewährung des Kredits, der Entscheidung über die Stationierung der Mittelstreckenwaffen und neuen Integrationsanstrengungen nach der Deklaration der Europäischen Union im Juni 1983 entbrannte in der Bundesrepublik die Diskussion über drei zentrale Fragen: Erstens, soll langfristig gesehen die europäische Einigung oder die Wiedervereinigung Priorität haben? Zweitens, wie soll das Verhältnis von sicherheitspolitischer Westbindung zum Ziel der Wiedervereinigung gestaltet werden? Und drittens, wie weit sollen Anstrengungen gehen, die Teilung durch innere Anerkennung und Legitimierung der SED-Führung zu überwinden?¹² Im Kern betraf es die strategische Grundsatzfrage der Weiterführung oder tendenziellen Abkehr von dem von Egon Bahr und Willy Brandt seit 1963 propagierten Konzept »Wandel durch Annäherung«. Niemand konnte vorhersagen, ob die Bundesregierung mit dem Milliardenkredit Systemstabilisierung im Sinne der SED betrieb oder ob die DDR-Führung vielleicht flexibler reagieren würde, sobald wirtschaftliche Stabilität geschaffen wäre, und sich dadurch die Voraussetzungen für die Überwindung der Teilung Deutschlands verbesserten, wenn es zu weitergehender Kooperation mit der DDR käme.

Vereinfacht gesehen, herrschten in den Unionsparteien zwei Denkschulen vor: die Verteidiger der alten Rechtspositionen – allen voran Franz Josef Strauß, Theo Waigel, Alfred Dregger, Herbert Hupka und Herbert Czaja¹³ – hielten am Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes und der Abgrenzungsstrategie gegenüber der DDR fest. Sie konnten daher sehr gut mit dem Sechs-Punkte-Forderungskatalog der CSU vom 25. April 1983¹⁴ leben. Dieser

10 Franz Josef STRAUSS, *Die Erinnerungen*, Berlin 1989, S. 470–483.

11 Hans-Dietrich GENSCHER, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 489.

12 Wolfgang JÄGER, *Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen der CDU/CSU-FPD-Koalition (Kohl/Genscher), die Diskussion in den Parteien und in der Öffentlichkeit 1982–1989*, in: Deutscher Bundestag (Hg.), *Materialien der Enquete-Kommission Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland*, 12. WP, Bd. V/2, Baden-Baden 1995, S. 1572–1611, hier S. 1595.

13 Herbert CZAJA, *Unterwegs zum kleinsten Deutschland? Mangel an Solidarität mit den Vertriebenen. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik*, Frankfurt/Main 1996, S. 612–621.

14 »Die CSU legt Sechs-Punkte-Katalog zur Deutschlandpolitik vor«, in: FAZ v. 26.4.1983.

verlangte den Abbau der Schikanen bei der Grenzabfertigung, Einhaltung des Prinzips von Leistung und Gegenleistung, beharrte auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag vom 31. Juli 1973¹⁵ in der Absicht, das Bewusstsein der nationalen Einheit und das Ziel der Wiedervereinigung aufrechtzuerhalten und die einheitliche deutsche Staatsbürgerschaft nicht in Frage zu stellen.

Dagegen sahen die mehr dem damaligen Entspannungsdenken Anhängenden, zu denen Volker Rühle, Eberhard Diepgen und Karl Lamers zählten, die damalige Rechtslage in Deutschland als weitgehend festgezurr an. Sie setzten zum Zwecke des Fortkommens in den innerdeutschen Beziehungen auf einen pragmatischen Kurs. Der Streit drehte sich im Grunde darum, ob eher eine Offensiv- oder mehr eine Defensivstrategie zum angestrebten Ziel führen werde.¹⁶

Die Strategie der Bundesregierung zielte zunächst darauf, praktische Kooperation und finanzielle Unterstützung der DDR von Fortschritten im Reiseverkehr, humanitären Erleichterungen und der Senkung des Mindestumtauschs abhängig zu machen. Die DDR dagegen setzte auf friedenspolitische Parolen in der Hoffnung, den Druck der Straße, den die Friedensbewegung in der Bundesrepublik gegen die Regierung Kohl ausübte, auszunutzen und sich selbst als Vorkämpferin der Rüstungskontrolle in der westlichen Öffentlichkeit zu profilieren.

Kein Bonner Politiker brachte in jener Zeit den Milliardenkredit mit dem in Verbindung, was er für die SED in Wirklichkeit bedeutete: eine Überlebensfrage der DDR. Insgeheim meinten viele, die SED-Führung versuche die Bundesrepublik zu erpressen nach der Devise: Entweder erhalte Ost-Berlin Hilfe, oder die innerdeutschen Beziehungen würden sich im Zuge der unnachgiebigen sowjetischen Haltung in den Verhandlungen über die Stationierung von Mittelstreckenwaffen abkühlen.

Kohl war sich – wie er später äußerte – anscheinend der mit der Kreditbürgschaft verbundenen Machtstabilisierung der SED sehr wohl bewusst,¹⁷ meinte aber, dadurch könne die Grenze weiter geöffnet werden. Der Strategie der Bundesregierung lag die Annahme zugrunde, je mehr sie mit Ost-Berlin kooperiere, desto stärker werde die DDR penetriert und unterminiert. Die bundesdeutsche

15 »Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Verfahren zur verfassungsrechtlichen Prüfung des Gesetzes zum Vertrag vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. Juni 1973«, in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Reihe II/Bd. 1, 22. Juni 1973 – 18. Februar 1974, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1975, S. 79–110.

16 Darstellung der unterschiedlichen Auffassungen bei Matthias ZIMMER, *Nationales Interesse und Staatsraison. Zur Deutschlandpolitik der Regierung Kohl 1982–1989* (Studien zur Politik, Bd. 18), Paderborn 1992, S. 85–111.

17 Ausführungen Kohls in der 53. Sitzung der Enquete-Kommission, 4. November 1993, in: *Materialien der Enquete-Kommission* (wie Anm. 12), Bd. V/1, S. 915–926, hier S. 919f.

Politik basierte auf der Philosophie, bessere Lebensumstände der Bevölkerung in der DDR seien die Voraussetzung für jegliche politische Entspannung in Europa. Angesichts der Entwicklungen in Polen befürchtete die Bundesregierung den Ausbruch von Unruhen auch in der DDR mit unkontrollierbaren Folgen für die Bundesrepublik und den gesamten mitteleuropäischen Raum.

Dem Kanzler kam das Milliardenkreditgeschäft durchaus gelegen, weil es gleich mehrere politische Vorteile implizierte. Der Kredit signalisierte Kooperationsbereitschaft, setzte in der Raketenrüstungsdiskussion ein Zeichen, eine Eiszeit in den Ost-West-Beziehungen zu vermeiden, und brachte Bewegung auf innerdeutscher Schiene. Zudem war Kohl ein geschickter koalitionspolitischer Schachzug gelungen, indem er die Streithähne Genscher und Strauß eingebunden hatte. Allerdings bekam der Bundeskanzler ein Problem der Glaubwürdigkeit seiner Politik in den eigenen Reihen, weil er vom Prinzip Leistung und Gegenleistung abrückte.

Wegen der katastrophalen Wirtschaftslage war auch Honecker an einem Sonderverhältnis und praktischen Lösungen interessiert. Die DDR hielt sich daher bei der sowjetischen Sanktionspolitik als Reaktion auf die Umsetzung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses bei den Mittelstreckenwaffen merklich zurück. Schließlich war es die deutsch-deutsche Entspannungspolitik, die Honecker Möglichkeiten zur größeren außenpolitischen Selbständigkeit bot. Die DDR-Führung lehnte zwar das Junktim Kredit gegen vertragliche Verpflichtungen zu humanitären oder sonstigen Leistungen ab, dennoch lenkte sie stillschweigend in drei Punkten ein: beim Abbau der Selbstschussanlagen, später auch der Minenstreifen, bei der Ermäßigung des Pflichtumtauschsatzes bei Rentnern und Reisen von Jugendlichen bis 14 Jahren und hinsichtlich der Erleichterungen bei der Familienzusammenführung.

Im Grunde verfolgte die Bundesregierung eine Politik der Vorleistung in der Erwartung, die Gegenseite besitze genügend Moral, diese zu honorieren. Vertrauen gegen Vertrauen zu setzen – darin bestand der eigentliche Deal, auf den sich Bonn und Ost-Berlin einließen.

Internationale Rahmenbedingungen

Welche internationalen Entscheidungen wirkten auf die Deutschlandpolitik ein? Eine zentrale Rolle spielte erstens der Streit um den NATO-Doppelbeschluss. Das Vertrauen der Reagan-Administration in die Bundesregierung beruhte ganz wesentlich darauf, dass Kohl die Stationierung der Pershing-Raketen gegen den Druck großer Teile der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik durchgesetzt hatte.¹⁸ Er demonstrierte damit Bündnissolidarität auch

18 Ronald REAGAN, *Erinnerungen. Ein amerikanisches Leben*, Berlin 1990, S. 584f.

auf die Gefahr möglicher sowjetischer Sanktionen in den bilateralen Beziehungen oder im deutsch-deutschen Verhältnis hin.

Zweitens, den Generationswechsel in der Krenmlführung von Leonid Breshnew über Jurij W. Andropow und Konstantin U. Tschernenko zu Michail Gorbatschow und dessen Politik der Perestroika sah Kohl im Gegensatz zu Genscher¹⁹ anfangs nicht als Chance für einen fundamentalen Wandel im deutsch-sowjetischen Verhältnis. Kohls große Skepsis hinsichtlich sowjetischer Reformankündigungen zeigte sich in dem Interview mit »Newsweek« Mitte Oktober 1986, als er Gorbatschow bescheinigte, das Public-Relations-Geschäft zu verstehen wie einst Joseph Goebbels.²⁰ Zwar distanzierte sich Kohl anschließend mit Entschiedenheit von dieser Äußerung,²¹ doch belastete sie unweigerlich das Verhältnis Bonns zu Moskau. Um so nachhaltiger wirkte Kohls Entschluss im August 1987, auf die Modernisierung der Pershing-Ia-Raketen zu verzichten.²² Damit kam die Bundesregierung der sowjetischen Forderung entgegen, ebnete den Weg zum erfolgreichen Abschluss des INF-Abkommens und entzog Honeckers Friedenskampagne endgültig den Boden.

In dieser Umbruchphase Mitte der achtziger Jahre erwies sich der Kanzler einmal mehr als verlässlicher Partner der Vereinigten Staaten. Die Bundesregierung stellte mit dieser Vorleistung unter Beweis, dass sie es mit ihrer Bereitschaft zu wirklicher Entspannung ernst meinte. Mit der gleichzeitigen Unterstützung des von Ronald Reagan verkündeten SDI-Forschungsprogramms für ein weltraumgestütztes nichtnukleares Raketenabwehrsystem signalisierte Bonn die unveränderte Gültigkeit der seit dem Harmel-Bericht²³ befolgten NATO-Doktrin, die Sicherheit und Entspannung als zwei Seiten einer Medaille ansah. Demonstrativ testete Reagan den sowjetischen Reformwillen, als er Gorbatschow in Berlin zum Abriss der Mauer aufforderte.

19 Vgl. seine Rede vor dem World Economic Forum in Davos, 1. Februar 1987, in: Hans-Dietrich GENSCHER, *Unterwegs zur Einheit. Reden und Dokumente aus bewegter Zeit*, Berlin 1991, S. 137–150, Text S. 139–150. H.-D. GENSCHER (wie Anm. 11), S. 292, 374f., 527f.

20 »I'm not a fool: I don't consider him [Gorbatschow] to be a liberal. He is a modern communist leader who understands public relations«, sagte Kohl der englischen Übersetzung zufolge (»Kohl to Reagan: »Ron, Be Patient««, in: *Newsweek* v. 27. Oktober 1986, S. 19f., hier S. 20) und fügte hinzu: »Goebbels, one of those responsible for the crimes of the Hitler era, was an expert in public relations, too.«

21 Zur Übergabe des von Kohl autorisierten Textes der Richtigstellung an Gorbatschow: H.-D. GENSCHER (wie Anm. 11), S. 517f.

22 Erklärung Kohls vor der Bundespressekonferenz zu Pershing I a am 26. August 1987, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, *Bulletin*, Nr. 80, 27. August 1987, S. 682.

23 Helga HAFTENDORN, *The Adaption of the NATO Alliance to a Period of Détente: The 1967 Harmel Report*, in: Wilfried LOTH (Hg.), *Crises and Compromises: The European Project 1963–1969* (Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Bd. 8), Baden-Baden–Brüssel 2001, S. 285–322.

Wachsendes Selbstbewusstsein Honeckers gegenüber der jahrelang schwächelnden Kremlführung und das Wissen der SED-Führung, den eigenen Statusvorbehalt seitens der Bundesregierung nur in direkten Beziehungen aus der Welt schaffen zu können, waren wichtige Motive für den eigenständigeren Kurs Ost-Berlins gegenüber Moskau. Nach zwölfjährigen Verhandlungen gelang es dann auch, im Mai 1986, das Kulturabkommen unter Einschluss der West-Berlin-Klausel abzuschließen.

Dass die innerdeutschen Zeichen auf Entspannungskurs standen, dazu trugen maßgeblich die beiden persönlichen Begegnungen zwischen Kohl und Honecker am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Andropow am 13. Februar 1984 und für Tschernenko am 12. März 1985 in Moskau bei. Vor allem das zweite Zusammentreffen empfanden Kohl und der damalige Chef des Bundeskanzleramtes, Wolfgang Schäuble, als Weichenstellung, bei dem ihnen ein gewisser Durchbruch in Fragen des Besucher- und Reiseverkehrs gelang. Obwohl Honecker zunächst nicht bereit war, auf die Forderung nach Senkung des Reisealters für Rentnerinnen einzugehen, signalisierte er doch Bereitschaft, über diese Frage ebenso weitere Verhandlungen zu führen wie über Ausreisen in dringenden Familienangelegenheiten. Damit wurde die Grenze einen weiteren Spalt durchlässiger. Die noch nicht im Rentenalter befindlichen Menschen erhielten Gelegenheit, ihre Verwandten im westlichen Teil Deutschlands zu besuchen.

Schäuble spielte anschließend die Zugeständnisse der Bundesregierung herunter. Die von Horst Teltschik, Leiter der Außenpolitischen Abteilung des Bundeskanzleramtes, und Frank-Joachim Herrmann, Leiter der Kanzlei des Staatsratsvorsitzenden der DDR, ausgehandelte »Moskauer Erklärung«, die von SED-Seite als förmliche Anerkennung der Souveränität der DDR durch die Bundesregierung interpretiert wurde, deutete Schäuble lediglich als deklaratorische Festlegung. Insofern hatte er recht, denn die Bundesregierung hatte keiner Änderung der Rechtsgrundlagen zugestimmt, sondern nur dem, was schon in der KSZE-Schlussakte von 1975 niedergelegt war. Die DDR-Führung sprach fortan jedoch von einer neuen Qualität in den deutsch-deutschen Beziehungen. Sie ließ keine Gelegenheit aus, auf die vereinbarte »Unverletzlichkeit der Grenzen«, die »Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen« als »grundlegende Bedingung für den Frieden« hinzuweisen und darauf, dass »von deutschem Boden« nie wieder Krieg ausgehen dürfe, sondern nur Frieden.²⁴

Obwohl Honecker verstärkt auf Zusammenarbeit eingestellt war, dauerte es noch zweieinhalb Jahre, bis er im September 1987 mit Segen Gorbatschows die 1981 von Bundeskanzler Schmidt ausgesprochene Einladung nach Bonn

²⁴ Gemeinsame Erklärung über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Staatsratsvorsitzenden der DDR in Moskau, 12. März 1985, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, *Bulletin*, Nr. 28, 14. März 1985, S. 230.

wahrnehmen konnte. In Kenntnis der Vorgänge betrachtet, die 1989/90 zur Wiedervereinigung führten, liegt natürlich die Frage nahe: Beging die Regierung Kohl mit dem Empfang Honeckers in Bonn vergleichbar einem Staatsoberhaupt mit Fahnen, Hymnen, Ehrenformationen und anderem Pomp nicht einen gravierenden Fehler, weil sie zwei Jahre vor dem Zerfall die SED-Diktatur unnötig aufwertete und der Besuch international ziemlich einhellig als Quasi-Schritt zur völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, will heißen: endgültiger Teilung Deutschlands, bewertet wurde? Oder handelte es sich damals einfach nur um einen genialen Schachzug?

Der eigentliche Erfolg des Treffens²⁵ lag in den verbesserten Beziehungen. Honecker sah in dem Besuch eine Investition in die Zukunft, indem er glaubte, nunmehr die Anerkennung durch die Bundesrepublik erreicht zu haben. Wichtiger als Äußerlichkeiten des Staatsempfangs waren der Bundesregierung hingegen Dialogbereitschaft der DDR und das Aussetzen des Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze. Dem SED-Chef wurden für die ersehnte demonstrative Anerkennung Konzessionen beim Reiseverkehr und Jugendaustausch, bei Städtepartnerschaften und Einfuhrbestimmungen abverlangt, die ihn schrittweise zwangen, die Mauer durchlässiger zu machen, um den erhöhten Druck im Inneren seines Staatsgefüges nachzugeben, weil er steigende Bedürfnisse der Bevölkerung nach Reisefreiheit und Konsumgüter des Westens nicht mehr befriedigen konnte.

Kohls Rede in der Godesberger Redoute²⁶, auf alle Fallstricke hin von Schäuble abgeklopft, bekräftigte die Politik pragmatischer Zusammenarbeit und ließ – übrigens zum ersten Mal vor der gesamtdeutschen Fernsehöffentlichkeit in West und Ost – nicht das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, zur Einheit der Nation und zum Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes fehlen. Honecker musste nicht nur den erneuten prinzipiellen Vorbehalt der Bundesrepublik gegenüber der De-jure-Anerkennung der DDR gegenwärtigen. Er musste ebenso hinnehmen, dass die Bundesregierung unverändert auf keinen Fall den Status quo bejahte, sondern zu überwinden suchte.

Seit dem Besuch Honeckers verbesserte sich der Reise- und Besucherverkehr spürbar. Abfertigungen durch die Behörden der DDR an den Grenzübergängen liefen reibungsloser ab. Ähnlich positiv verlief die Kurve der Reisen von Bundesbürgern in die DDR. Von 1986 hielt die Entwicklung mit 3,89 Millionen Reisenden 1987 mit über 5 Millionen Personen an. Dagegen verzeichnete der innerdeutsche Handel nach einer zwanzigjährigen Aufwärtsentwicklung in den

25 Gesprächsunterlagen und Vermerke über die Delegationsgespräche am 7./8. September 1987, in: Bundesarchiv (BArch), B 136/20572.

26 Rede Kohls bei einem Abendessen zu Ehren von Generalsekretär Honecker am 7. September 1987 in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, *Bulletin*, Nr. 83, 10. September 1987, S. 705–707.

Jahren 1986 und 1987 einen Rückgang um etwa 10 v.H. bzw. 5. v.H. Auch 1988 wurde ein leichter Rückgang registriert. Während die Lieferungen aus der Bundesrepublik in die DDR um 14 v.H. sanken, stiegen die Bezüge aus der DDR um 11 v.H. Von großer Bedeutung für die Führung in Ost-Berlin war in diesem Zusammenhang der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen über die Transitpauschale und die Pauschalabgeltung von Straßenbenutzungsgebühren für die neunziger Jahre am 5. Oktober 1988. Als Gegenleistung sagte die DDR-Regierung die Öffnung eines dritten Grenzübergangs in Berlin sowie die Grunderneuerung einer Teilstrecke des Berliner Rings und der Transitaubahnen zwischen Berlin und Hof bzw. Berlin und Herleshäusen zu.²⁷ Es war wieder einmal ein kleiner Schritt, mehr Freizügigkeit für die Menschen in der DDR herzustellen, um Mauer, Grenze und Schießbefehl zu überwinden.

Gegenüber Ministerpräsidenten, die ihn im ersten Halbjahr 1989 aufsuchten, erklärte Honecker wiederholt, es gebe keinen Schießbefehl. Im übrigen sei das, was die bundesdeutsche Seite als Schießbefehl bezeichne, aufgehoben worden.²⁸ Gegenüber dem SPD-Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel²⁹ behauptete er Ende Mai, generell werde an der Grenze nicht geschossen. Ausnahme seien Angriffe auf und Widerstand gegen Grenztruppen. Wenn diese gezielt schießen würden, hätten sie tödliche Wirkung zu vermeiden; auf Frauen und Kinder dürfe überhaupt nicht geschossen werden.³⁰ Honeckers Signale waren unmissverständlich: Über das Grenzregime wollte er nicht verhandeln.

Auch beim Besuch des neuen Kanzleramtschefs, Rudolf Seiters, am 3./4. Juli in Ost-Berlin³¹ bezeichnete der SED-Generalsekretär jede Politik der Grenzveränderungen als illusionär. Vom Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 zu sprechen, erklärte Honecker für unhaltbar, weil »das Deutsche Reich untergegangen sei«. Das Grenzregime sei geändert worden, so »dass es keinen Schießbefehl mehr gebe«. Damit gab Honecker erstmals gegenüber einem Vertreter der Bundesregierung die frühere Existenz des Schießbefehls zu.

27 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Vermerk: Stand der innerdeutschen Beziehungen, 15. Juni 1989, in: BArch, B 136/20236, 221 De 1 NA 7 Bd. 2.

28 Vorlage Duisbergs an Kohl, Treffen von Ministerpräsident Späth und von Bürgermeister Voscherau mit Generalsekretär Honecker in Berlin (Ost) [23. und 24. Februar 1989], 221-35016-Ve 40 NA 1, 27. Februar 1989, in: BArch, B 136/21334.

29 Hans-Jochen VOGEL, *Nachrichten. Meine Bonner und Berliner Jahre*, München-Zürich 2¹⁹⁹⁶, S. 283f.

30 Vorlage Duisbergs an Kohl, Gespräch des Partei- und Fraktionsvorsitzenden der SPD, Dr. Vogel, mit GS Honecker am 25.05.1989 in der DDR (Hubertusstock), 221-35016-Ve 40, 30. Mai 1989, in: BArch, B 136/21334.

31 Offizieller Besuch des Bundesministers Seiters in Berlin (Ost), 3./4. Juli 1989, in: *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90* (Dokumente zur Deutschlandpolitik), bearb. von Hanns Jürgen KÜSTERS/Daniel HOFMANN, München 1998, S. 323–336, hier S. 333.

Mit ihrer Deutschlandpolitik beschriftet die Bundesregierung in den achtziger Jahren im Grunde eine stete Gratwanderung zwischen unvermeidlicher Kooperation und völkerrechtlicher Nichtanerkennung. Diese wurde um so schwieriger, weil zum einen Honecker an den Geraer Forderungen festhielt und zum anderen die SPD mit der SED auf Parteiebene auf eigene Faust Deutschlandpolitik betrieb. Die Sozialdemokraten schmerzte, CDU und CSU in ihrem seit 1969 als ureigenem Kompetenzbereich betrachteten Politikfeld agieren zu sehen. Deshalb handelten SPD und SED drei von den Parteigremien im Juli 1988 förmlich unterzeichnete Vertragstexte über chemiewaffenfreie Zonen und einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa sowie eine Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa aus.³²

Damit übte die SPD nicht bloß politischen Druck auf die Regierung Kohl aus; mehr noch, sie stellte ihre Loyalität zum Grundsatz der Nichtanerkennung in Frage. Tonangebend waren jene Kräfte in der Sozialdemokratischen Partei, die elementare Bindungen Westeuropas an die Vereinigten Staaten von Amerika in der NATO durch eine auf »Sicherheitspartnerschaft« mit dem Ostblock gegründete europäische Sicherheitsordnung in Europa ersetzen wollten. Darin erblickte die Bundesregierung die Gefahr der moralischen Kapitulation. Denn vorbehaltlos wurden zwei Sicherheitskonzepte nebeneinandergestellt, die das gemeinsame Papier der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED über den »Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit«³³ vom August 1988 ergänzte, das ebenfalls ohne Einschränkungen das Demokratiekonzept der Bundesrepublik und das der DDR als gleichrangig anerkannte und die Unterschiede zwischen westlicher Demokratie und östlicher Parteidiktatur verwischte.

Eigentlicher Streitpunkt von CDU/CSU und wesentlichen Teilen der SPD, die diesen Einstellungswandel vollzogen hatten, war die Frage, ob um den Erhalt des Friedens willen die Anerkennung der Legitimität der Diktatur in der DDR unabdingbar sei oder hierin die Gefahr der Verharmlosung von Menschenrechten bestünde. Auch im Bewusstsein breiter Teile der westdeutschen Bevölkerung wurde mit dem Friedenspostulat, aus der die Entspannungspolitik ihre ideologische Rechtfertigung bezog und das die DDR-Propaganda geschickt mit der Parole »Schwerter zu Flugscharen« untermauerte, der Systemgegensatz übertüncht. Nicht wenige Oppositionsbewegungen in Osteuropa empfanden diese Entwicklung als kontraproduktiv.

32 Gemeinsames Kommuniqué SPD-SED: Vorschlag für eine »Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa«, 7. Juli 1988, in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Reihe III/Bd. 6 – 1988, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1989, S. 262f.

33 Gemeinsames SPD-SED-Papier: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, 27. August 1987, in: *Politik*, Informationsdienst der SPD, Nr. 3, August 1987.

Das änderte nichts an dem spürbaren Meinungstrend in der bundesdeutschen Öffentlichkeit ab Mitte der achtziger Jahre, die Teilung als unumkehrbare Entwicklung der Nachkriegsgeschichte hinzunehmen und durch Anerkennung der DDR einen gewissen Schlussstrich zu ziehen.³⁴ Gewöhnungseffekte, die Macht des Faktischen, der Generationswechsel – weit mehr als die Hälfte der Bundesbürger war inzwischen nach 1945 geboren, kannte ein geeintes Deutschland nicht mehr aus eigener Anschauung und fühlte sich von der Teilung nicht unmittelbar betroffen –, Zweifel an der Möglichkeit, diese zu beseitigen, die Wahrnehmung der DDR als gesellschaftliches Alternativmodell, das bewusste Hinnehmen des Stacheldrahts und das Nichtbeachten der Stasi-Aktivitäten, trugen dazu bei. Brandt tat gar das Ziel der Wiedervereinigung als »Lebenslüge der Bundesrepublik« ab³⁵ und erntete dafür nicht geringe öffentliche Zustimmung.

An der CDU ging die Diskussion über das Wiedervereinigungsziel keineswegs spurlos vorbei. Zwar blieben die Legitimationsvorbehalte gegen die SED-Diktatur weiterhin unumstritten. Doch in dem Entwurf einer programmatischen Entschließung zum Wiesbadener Parteitag 1988, erarbeitet von der Kommission unter Leitung des damaligen Generalsekretärs, Heiner Geißler, war mit keiner Silbe von Wiedervereinigung die Rede, sondern alles auf den Fortgang der europäischen Einigung abgestellt. Das mobilisierte den Widerspruch derjenigen in der CDU, die eine Abkehr von dem seit Adenauers Zeiten gültigen deutschlandpolitischen Ziel der Partei witterten und daher dessen erneute Bekräftigung forderten.³⁶ Hinter dem Streit um den Begriff verbarg sich in Wirklichkeit ein Kampf um zukünftige Prioritäten einer pragmatischen oder doch stärker normativ ausgerichteten Deutschlandpolitik der CDU, in dem viele zugleich ein weiteres Feld des Machtkampfs zwischen Generalsekretär und Parteivorsitzendem sahen. Heftiger Protest auch aus verschiedenen Ecken der Bundestagsfraktion führte schließlich dazu, dass das Wort Wiedervereinigung in den Leitantrag hineingeschrieben wurde.³⁷ Nichtsdestotrotz: Die Deutschlandpolitik stand allgemein in diesen Jahren in dem Geruch, unter das Räderwerk der Bürokratie geraten zu sein.

34 Gerhard HERDEGEN, *Perspektiven und Begrenzungen – Eine Bestandsaufnahme der öffentlichen Meinung zur deutschen Frage. Teil 1: Nation und deutsche Teilung, Teil 2: Kleine Schritte und fundamentale Fragen*, in: *Deutschland Archiv* 20 (1987), S. 1259–1273 und 21 (1988), S. 391–403.

35 Willy BRANDT, *Erinnerungen*, Frankfurt/Main 1989, S. 156f.

36 Zur Kritik an dem Diskussionsentwurf eines programmatischen Antrags der CDU zur Deutschlandpolitik auf dem Bundesparteitag in Wiesbaden: Schreiben Barzels an Kohl mit Anlage: Votum zum »Diskussionsentwurf« (Deutschlandpolitik), 20. Februar 1988, in: Rainer BARZEL, *So nicht! Für eine bessere Politik in Deutschland*, Düsseldorf–Wien 1994, S. 63–70. Antwortschreiben Kohls an Barzel, 22. März 1988, EBD. S. 75.

37 Darstellung der Kontroverse bei Karl-Rudolf KORTE, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989* (Geschichte der deutschen Einheit, 4 Bde.), Stuttgart 1998, Bd. 1, S. 398–409.

Faktoren des Mauerfalls

Hat die Politik der Regierung Kohl, so bleibt zu fragen, wirklich zum Zusammenhalt der Deutschen beigetragen, oder war sie nur Verwalterin einer administrativen Politik des *modus vivendi*, die wie dereinst Adenauer auf den Wandel der politischen Lage eines fernen Tages hoffte, der ihr die Chance zu wirklichen Verhandlungen über die Wiedervereinigung bescheren werde?

Genauer betrachtet, setzte die Bundesregierung auf die langdauernden Effekte ihrer Penetrationsstrategie. Je mehr Deutsche in der DDR Westfernsehen sahen und selbst in die Bundesrepublik reisen durften, desto stärker trug dies zur Erosion ihres ideologischen Bewusstseins bei, das die SED ihnen einzupflanzen suchte. Der Widerspruch wurde täglich eklatanter, blieb in der Bundesrepublik jedoch weitgehend unbeachtet, weil für gesellschaftliche Veränderungsprozesse innerhalb der DDR kaum öffentliches Interesse bestand.

In Wirklichkeit vollzog sich kein Wandel durch Annäherung, auch keine Liberalisierung durch Stabilisierung des SED-Systems. Vielmehr war es ein Wandel durch innere wirtschaftliche Erosionsprozesse und die Unglaubwürdigkeit des sozialistischen Systems, das sich als unfähig erwies, für modernen Lebensstandard, soziale Gerechtigkeit, Prosperität und Sicherheit zu sorgen. Hinzu kam, dass auch in der DDR eine neue Generation herangewachsen war, die ihre eigenen Systemerfahrungen gemacht hatte, kaum mehr bereit war, die SED-Autoritäten anzuerkennen, sich ein- bzw. unterzuordnen und über viel Zivilcourage verfügte. Diese Faktoren bewirkten allmählich die Destabilisierung. Der Mauerfall kam auf leisen Sohlen daher; vom Westen zwar erhofft, aber nicht gezielt gesteuert.

Mithin waren es neben den langfristigen Wirkungen letztlich das Zusammentreffen verschiedener kurzzeitiger internationaler und innerer Entwicklungen im Laufe des Jahres 1989, die schließlich die Mauer zum Einsturz brachten.

Ein ausschlaggebendes Moment war zweifelsohne die seit 1986 andauernde Reformpolitik Gorbatschows und der grundlegende Wandel deutsch-sowjetischer Beziehungen. Wirtschaftliche Versorgungsschwierigkeiten zwangen den KPdSU-Chef zur Reduzierung der Rüstungsausgaben und zu einer flexibleren Haltung in rüstungskontrollpolitischen Fragen. Bei der Durchsetzung seiner Perestroika setzte er zunehmend auf die Hilfe der Bundesrepublik und eine verstärkte Kooperation.³⁸ Erst 1988 testete Kohl nach heftigem Drängen Gen-

38 Michail S. GORBATSCHOW, *Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung*, Berlin 1999, S. 58f.; Anatolij TSCHERNJAJEW, *Die Deutschlandpolitik Gorbatschows aus russischer Sicht*, in: Boris MEISSNER/Alfred EISFELD (Hg.), *50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis* (Studien zur Deutschlandfrage, Bd. 14), Berlin 1999, S. 189–191; Horst TELTSCHIK, *Die Deutschlandpolitik Gorbatschows*, in: EBD. S. 179–187, hier S. 180–182.

schers³⁹, inwieweit Gorbatschows Politik für Bewegungen in der Deutschlandpolitik von Nutzen sein könnte.⁴⁰ Bei seinem Besuch im Oktober 1988 in Moskau spürte Kohl den Wandel und gewann die Überzeugung, Gorbatschow meine es mit seiner Reformpolitik ernst. Beide waren sich nach einer offenen Aussprache einig, ihre unterschiedlichen Bewertungen in Grundsatzfragen dürften nicht praktischer Kooperation im Wege stehen. Vor allem Gorbatschow zeigte sich an einem deutsch-sowjetischen Rapprochement interessiert, weil er ohne die finanzielle Unterstützung der Bundesrepublik seine Reformziele nicht erreichen konnte.⁴¹

Ein weiteres Moment waren die Akzente, die der seit Januar 1989 amtierende neue amerikanische Präsident George Bush in den Beziehungen zum Ostblock setzte. Er wollte die Glaubwürdigkeit der NATO-Abschreckung bei gleichzeitiger Entwicklung einer politischen Strategie für konventionelle Abrüstungsschritte zur Senkung der Verteidigungskosten aufrechterhalten und befürwortete die Unterstützung der Reformkräfte in Osteuropa.⁴² Washington wies außerdem mit der Formel »partner in leadership« den deutsch-amerikanischen Beziehungen einen besonderen Stellenwert zu⁴³; sehr zum Verdruss der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, die in dieser Akzentverschiebung zugunsten der Deutschen einen Angriff auf die besonderen anglo-amerikanischen Beziehungen sah, was sie zutiefst verärgerte. Die britische Regierung fühlte sich trotz der Beteuerungen Bushs, Großbritannien sei »führender Partner«, verletzt.⁴⁴ Argwöhnisch beobachteten Regierungskreise in London die strategischen Überlegungen der Bush-Administration. Sie wollte das Dilemma von Rüstungskontrolle und nuklearer Abschreckung überwinden und zugleich Gorbatschows Philosophie der Perestroika am Beispiel der Gewährung des Selbstbestimmungsrechts der osteuropäischen Staaten testen.

Gradmesser für die Bereitschaft der sowjetischen Führung zu Dialog und Kooperation waren vornehmlich die Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüs-

39 H.-D. GENSCHER (wie Anm. 11), S. 507f.

40 Karl KAISER, *The Federal Republic of Germany: The case of a Reluctant Latecomer*, in: Gregory FLYNN/Richard E. GREENE (Hg.), *The West and the Soviet Union. Politics and Policy*, London 1990, S. 80–108.

41 Anatolii CHERNIAEV, *Gorbachev and the Reunification of Germany: Personal Recollections*, in: Gabriel GORODETSKY (Hg.), *Soviet Foreign Policy 1917–1991. A Retrospective*, London–Portland 1994, S. 158–169, hier S. 163.

42 Zum Strategiepapier des Nationalen Sicherheitsrates (NSR Strategic Review on the Soviet Union), 14. März 1989: George BUSH/Brent SCOWCROFT, *A World Transformed*, New York 1998, S. 40, 43f.

43 James A. BAKER/Thomas M. DEFRANK, *The Politics of Diplomacy. Revolution, War and Peace 1989–1992*, New York 1995, S. 159.

44 Margaret THATCHER, *Downing Street No. 10. Die Erinnerungen*, Düsseldorf u.a. 1993, S. 1092f.; Geoffrey HOWE, *Conflict of Loyalty*, London 1994, S. 560.

tung. Nach Ansicht Brent Scowcrofts, Sicherheitsberater von Präsident Bush, musste eine Vision für die Zukunft Europas im Ansatz eine Lösung für die deutsche Frage einschließen. Zwar wollte auch Scowcroft keine politische Wiedervereinigung verheißen, die Vereinigten Staaten sollten aber einen Wandel versprechen.⁴⁵ Am 20. März meinte der Nationale Sicherheitsrat allerdings, es liege nicht im amerikanischen Interesse, die Initiative zu übernehmen. In einem von Robert B. Zoellick, Berater im State Department, am 17. Mai 1989 unterbreiteten Positionspapier »Germany« zur Vorbereitung der NATO-Frühjahrskonferenz Ende Mai in Brüssel war allerdings erneut die Rede davon, dass die Deutschlandfrage auf die Tagesordnung zurückkehre und der sowjetische Präsident sie möglicherweise aufgreifen werde.⁴⁶

Bush äußerte in einem Schreiben an Kohl vom 12. Mai 1989⁴⁷ Zuversicht, »dass sich uns eine historische Chance bietet«, die Ost-West-Beziehungen zu verändern. Vierzig Jahre lang sei es mit der Strategie der Eindämmung gelungen, sowjetischen Expansionsdrang in Schach zu halten und die Führung in Moskau davon zu überzeugen, dass sich Konfrontationspolitik nicht durchsetze. Ziel müsse es nun sein, tiefgreifende Änderungen und grundlegende Umstrukturierungen der sowjetischen Institutionen und Streitkräfte einzuleiten. Bemühungen ihrer Führer um bessere Einhaltung der Menschenrechte im eigenen Land und eine weniger konfrontative Haltung gegenüber dem Ausland wertete Bush als deutliche Anzeichen des Interesses in Moskau an neuen internationalen Konstellationen. Bush wollte den ideologischen Kampf fortführen und die Sowjetunion drängen, ihre Erblasten der Oktoberrevolution von 1917 endlich abzuschütteln. Sie sollte von ihrem Glauben an den Klassenkampf ablassen, den mittel- und osteuropäischen Staaten das Selbstbestimmungsrecht gewähren und von den Hypotheken enormer Aufrüstung und weltweit verschärfter Regionalkonflikte der sechziger und siebziger Jahre Abstand nehmen. Letztlich ging es ihm um Systemveränderung: »Die Umwandlung der Sowjetunion von einem Faktor der Instabilität in eine produktive Kraft der Völkergemeinschaft ist ein langfristiges Ziel.« Dazu brauche der Westen Geduld und Kreativität. Diesem schwierigen Prozess wollte er mit Verständnis begegnen, wo sich die Sowjetunion veränderungsbereit zeige, und Unnachgiebigkeit demonstrieren, wo sie an ihrer herkömmlichen Politik festhalte.

Bush verpackte die Grundzüge seines Ansatzes gemeinsam mit ganz konkreten Verhandlungsangeboten in eine Rede, die er am gleichen Tag in

45 Robert L. HUTCHINGS, *American Diplomacy and the End of the Cold War. An Insider's Account of U.S. Policy in Europe, 1989–1992*, Washington (D. C.) 1997, S. 31.

46 Philip ZELIKOW/Condoleezza RICE, *Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft*, Cambridge (Massachusetts) 1995, S. 26–28.

47 Schreiben Bushs an Kohl, Vertraulich, ohne Datum, übergeben von der Amerikanischen Botschaft in Bonn am 12. Mai 1989, in: BArch, B 136/29806, 212-30101 A 5 Am 4 Bd. 21.

der Texas A&M Universität hielt.⁴⁸ Im Juni sollten mit Moskau wieder Gespräche über den Umfang strategischer Streitkräfte aufgenommen und den Mitgliedern der NATO und des Warschauer Paktes – unabhängig von allen laufenden Beratungen – vorgeschlagen werden, unbewaffnete Luftinspektionen durchzuführen; ein Vorschlag, mit dem schon 1955 Präsident Dwight D. Eisenhower das amerikanisch-sowjetische Verhältnis zu entkrampfen suchte.

Die Bundesregierung reagierte zunächst abwartend. Würde sie nämlich gesamtdeutsche Sicherheitsinteressen hervorkehren, wie Honecker es dem Bundeskanzler in einem Schreiben am 10. Februar 1989 nahegelegt hatte,⁴⁹ konnte das eine Wiederbelebung der deutschen Frage in neuer Form zur Folge haben und Moskau provozieren. Kohl begrüßte zwar das Verhandlungsangebot Bushs für konventionelle Streitkräfte auf dem Brüsseler NATO-Gipfel. Allerdings war der Kanzler entschlossen, die Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenwaffen zu verzögern, um Gorbatschow zunächst nicht weiter in Bedrängnis zu bringen. Thatcher dagegen befürchtete, eine solche Entscheidung werde die NATO schwächen.

In jenen Tagen deuteten noch keine Anzeichen darauf hin, dass die sowjetische Regierung in der Deutschlandpolitik ihre orthodoxen Grundsatzpositionen gegenüber der Bundesregierung ändern könnte; und das erst recht nicht in Fragen der Einbeziehung West-Berlins in deutsch-sowjetische Vertragsvereinbarungen. Dessen ungeachtet hielt die Bundesregierung an ihren deutschlandpolitischen Grundprinzipien fest. Sie erhob keinerlei Gebietsansprüche gegen irgend jemanden. Die Grenzen aller Staaten in Europa und die territoriale Integrität betrachtete sie als unverletzlich. Doch konnte dem deutschen Volk nicht auf Dauer das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten werden. Die Überwindung der Teilung stellte ein legitimes Interesse dar, das mit dem legitimen Interesse der Nachbarstaaten, in sicheren Grenzen zu leben, in Einklang gebracht werden musste. Faktisch blieb die Bundesregierung in den Beziehungen zur DDR bis Januar 1990 unverändert bei ihrer Linie der schrittweisen Verbesserung der Kontakte und Zusammenarbeit in möglichst vielen Bereichen.

Insbesondere in zwei Punkten schienen im Frühjahr 1989 die Auffassungen zwischen Bonn und Moskau unüberbrückbar zu sein. Die Sowjetunion strebte nach wie vor eine uneingeschränkte Anerkennung des territorialen und politischen Status quo in Mitteleuropa seitens der Bundesregierung an. Und: Sie enthielt den Deutschen das Recht auf Selbstbestimmung vor. Ein wichtiger Durchbruch gelang mit der Unterzeichnung der gemeinsamen deutsch-sowje-

⁴⁸ Rede Bushs vor der Texas Agriculture and Mechanical University in College Station (Texas), 12. Mai 1989, in: *Public Papers of the Presidents of the United States. George Bush. 1989, Book I: January 20 to June 30 1989*, Washington (D. C.) 1990, S. 540–543.

⁴⁹ Schreiben Honeckers an Kohl, 10. Februar 1989, in: BArch, B 136/21328.

tischen Erklärung vom 15. Juni 1989 beim Besuch Gorbatschows in Bonn,⁵⁰ als zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg ein sowjetischer Führer das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung formell bestätigte.⁵¹

Schließlich aber bedeutete der Abbau der Invasionsfähigkeit für beide Seiten das entscheidende Element zukünftiger Beziehungen. Vor allem zeigte sich die sowjetische Führung an der Problematik der Kurzstreckenwaffen interessiert, demonstrierte aber eine gewisse Gelassenheit, weil sie sich nicht wie im Falle der Pershing II und der Cruise Missiles zentral bedroht fühlt. Gorbatschow entging bei den Unterredungen mit Kohl keineswegs der Hinweis, dass dieser eine Modernisierung der Lance-Raketen nicht vor 1992 ins Auge fasste. Verhandlungen über nukleare Kurzstreckensysteme und die Nuklearartillerie hielten beide für möglich, wenn es bei den Wiener Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) entsprechende Fortschritte gäbe. Selbst ein weltweites Verbot chemischer Waffen schien in Reichweite zu sein. Kohl riet Gorbatschow, im Umgang mit Bush zu bedenken, dass dieser zum »Geschäft« bereit sei. Die Vereinigten Staaten würden die gleichberechtigte Rolle der Sowjetunion respektieren.⁵²

Stärker als damals von der Öffentlichkeit wahrgenommen, begriffen die westlichen Staats- und Regierungschefs die Wahl der nichtkommunistischen Regierung unter Tadeusz Mazowiecki und die Demokratieentwicklung in Polen als Testfall für Gorbatschows Abkehr von der Breschnew-Doktrin und dessen Bereitschaft, mehr politische Freiheit und Selbstbestimmung in Osteuropa zuzulassen. Mit seiner wirtschaftlichen Unterstützungspolitik durch abgestimmte Kredithilfen⁵³ für Polen strebte Kohl zugleich einen politisch-psychologischen Durchbruch in den bilateralen Beziehungen an,⁵⁴ um zu einer wirklichen deutsch-polnischen Aussöhnung zu kommen.

Bei den Menschen in der DDR verstärkte die offensichtliche Reformunwilligkeit der SED-Führung die Perspektivlosigkeit. Daran änderte auch die leichte Abkehrbewegung Honeckers von der strikten Ablehnung jegli-

50 Aufzeichnung Teltschiks, Gespräch Kohl – Gorbatschow, Bonn, 13. Juni 1989, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 31), S. 287–292; Aufzeichnung Kaestners, Delegationsgespräch Kohl – Gorbatschow, Bonn, 13. Juni 1989, in: EBD. S. 295–299; Horst TELTSCHIK, *Die Reformpolitik Gorbatschows und die Perspektiven der West-Ost-Beziehungen*, in: *Außenpolitik* 40 (1989), S. 211–225.

51 Gemeinsame Erklärung, 15. Juni 1989, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, *Bulletin*, Nr. 61, S. 542–544.

52 A. CHERNIAEV (wie Anm. 39), S. 163. Zur Verhandlungsbereitschaft des amerikanischen Präsidenten: Schreiben Bushs an Gorbatschow, 21. Juli 1989, in: George BUSH, *All the Best George Bush. My Life in Letters and other Writings*, New York 2000, S. 435–437.

53 Schreiben Kohls an Bush, 28. Juni 1989, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 31), S. 320–323.

54 Horst TELTSCHIK, *Die Bundesrepublik Deutschland und Polen. Eine schwierige Partnerschaft im Herzen Europas*, in: *Außenpolitik* 41 (1990), S. 3–14.

cher Reformpolitik⁵⁵ im Gespräch mit Gorbatschow Ende Juni 1989 in Moskau⁵⁶ nichts. Die im August 1989 beginnende Fluchtbewegung nach Ungarn und die Besetzung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR in Ost-Berlin setzten Honecker zusätzlich unter Druck. Die SED war unfähig, die Flüchtlingsbewegung in den Griff zu bekommen. Ihr Dilemma vergrößerte sich durch den Beschluss der ungarischen Regierung zur Öffnung der Grenze nach Österreich.⁵⁷ Diese Entscheidung basierte auf der Zusage des Bundeskanzlers von Kredithilfen an Ministerpräsident Miklós Németh. Es war mehr ein politischer denn ein humanitärer Akt.⁵⁸ Doch beschleunigte die Freilassung der Botschaftsflüchtlinge in Budapest⁵⁹, Prag⁶⁰ und Warschau die Demontage der SED-Führung.

Je mehr sich die Lage in der DDR ab September 1989 destabilisierte, desto mehr erkannte die Bundesregierung ihren wachsenden deutschlandpolitischen Handlungsspielraum. Allerdings hatte sie kein Interesse, die Entwicklung außer Kontrolle geraten zu lassen. Letzten Endes waren es die neu gegründeten Bürgerrechtsbewegungen und zunehmende Massendemonstrationen in der DDR, die im Oktober das SED-Regime ins Wanken brachten. Der schon seit einiger Zeit von DDR-Vertretern hinter vorgehaltener Hand avisierte Kollaps der eigenen Wirtschaft verschlimmerte die Lage.

55 Daniel KÜCHENMEISTER, *Wann begann das Zerwürfnis zwischen Honecker und Gorbatschow? Erste Bemerkungen zu den Protokollen ihrer Vier-Augen-Gespräche*, in: *Deutschland Archiv* 26 (1993), S. 30–40. Zu den Hintergründen im Frühjahr 1989: Iwan KUSMIN, *Die Verschwörung gegen Honecker*, in: EBD. 28 (1995), S. 286–290; Walter SÜSS, *Erich Mielke (MfS) und Leonid Schebarschin (KGB) über den drohenden Untergang des Sozialistischen Lagers. Protokoll eines Streitgesprächs vom 7. April 1989*, in: EBD. 26 (1993), S. 1015–1034.

56 Niederschrift des Arbeitstreffens Honecker – Gorbatschow, 28.6.1989, in: SAPMO-BArch, J IV 2/2A/3228. Abdruck in: Daniel KÜCHENMEISTER (Hg.), *Honecker-Gorbatschow. Vieraugengespräche*, Berlin 1993, S. 208–239, hier S. 221–223.

57 *Zur Freiheit durch Ungarn. Die Öffnung der ungarischen Grenze in der Nacht vom 10. auf den 11. September 1989*, Symposium der Konrad-Adenauer-Stiftung am 8. September 1994 in Berlin, Dokumentation, Sankt Augustin 1994.

58 Vermerk Genscher, Gespräch Kohl – Németh, Horn, 25. August 1989, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 31), S. 377–380; H.-D. GENSCHER (wie Anm. 11), S. 640; Gyula HORN, *Freiheit, die ich meine. Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete*, Hamburg 1991, S. 314, 316f., 319f.; István HORVÁTH, *Wie kam es zum 9. November 1989? Eine Sicht aus Ungarn*, in: Heiner TIMMERMANN (Hg.), *Die DDR – Erinnerung an einen untergegangenen Staat* (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 88), Berlin 1999, S. 59f.

59 Klaus-Hermann RINGSWALD, »Als alles begann – Budapest: 13 bis 19. August 1989«, in: *Auf Posten ... Berichte und Erinnerungen aus 50 Jahren deutscher Außenpolitik. Zum 125jährigen Jubiläum des Auswärtigen Amtes*, bearb. von Reinhard BETTZUEGE, München-Landsberg/Lech 1996, S. 121–127.

60 *Die Nacht von Prag – ein Augenzeugenbericht. Aus den Notizen von Frank Elbe*, in: EBD. S. 115–121.

Nach Erkenntnissen des Bundesnachrichtendienstes schwankte in jenen Herbst-Wochen bei der Bevölkerung in der DDR die Stimmungslage zwischen Hoffnung auf Veränderungen und Ratlosigkeit über die weitere Entwicklung. Einerseits war Schadenfreude zu hören, dass der SED-Führung die Menschen weglaufen, andererseits wurden Selbstvorwürfe laut, bisher nicht den Mut zu einem solchen Schritt aufgebracht zu haben. Im Umfeld des jeden Montag stattfindenden »Friedensgebetes« in der Leipziger Nikolai-Kirche breitete sich eine Protestszene mit neuer Aufbruchstimmung aus, wie sie niemand von der anscheinend in Lethargie verfallenen Bevölkerung erwartet hatte. Die Menschen wollten gesellschaftliche Veränderungen und forderten Demokratie und Freiheit. Doch Rufen »Wir-wollen-raus« schallten ebenso Sprechchöre »Wir-bleiben-hier« entgegen. Viele der schon weit mehr als 200 000 Demonstranten sahen darin die letzte Chance, vor Ort etwas zu bewegen.⁶¹

Die Strategie der Bundesregierung lief auf ein Junktim hinaus, umfangreiche Finanzhilfen für das marode Wirtschaftssystem der DDR von der Gewährung der Freizügigkeit und politischer Reformen abhängig zu machen. Insbesondere sollten das Machtmonopol der SED abgeschafft, Oppositionsgruppen zugelassen und freie Wahlen abgehalten werden. Das hatte Seiters Anfang November bei der Begegnung mit Alexander Schalck-Golodkowski deutlich zu erkennen gegeben.⁶² Damit blieb die Bundesregierung ihrer seit 1950 offiziell vertretenen Linie treu, als erster Schritt zur Wiedervereinigung müsse den Menschen in der DDR das Recht zur Selbstbestimmung gewährt werden.

Die Bundesregierung sei bereit, die von der neuen SED-Führung angestrebte grundlegende Sanierung der DDR-Wirtschaft zu unterstützen, so lautete jedenfalls der am 6. November 1989 von den beamteten Staatssekretären gefasste Beschluss. Forderungen der DDR-Regierung nach mittelfristiger Liquiditätshilfe in Form von ungebundenen Finanzkrediten zur Absicherung der Reformen in den nächsten fünf Jahren in der Größenordnung von acht bis zehn Milliarden DM hielten sie jedoch für unrealistisch. Im Falle ausbleibender Reformen käme die Gewährung eines solchen Finanzvolumens nämlich einer »reinen Systemfinanzierung« gleich. Hauptinteresse der Bundesregierung war zunächst die Generalbereinigung der aus der Fluchtbewegung entstandenen Probleme, insbesondere die weitgehende Lockerung des Reiseverkehrs nach Westen, eventuell auch mit der Konsequenz, dass Ausreisen aus der DDR

61 Vorlage Jungs an Kohl, 3. November 1989, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 31), S. 478f.

62 Alexander SCHALCK-GOLODKOWSKI, *Deutsch-deutsche Erinnerungen*, Reinbek/Hamburg 2000, S. 326f. Schreiben Schalck-Golodkowskis an Krenz, 7. November 1989, in: Peter PRZYBYLSKI, *Tatort Politbüro*, Bd. 2: *Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski*, Berlin 1992, S. 394f.

wieder rückgängig gemacht würden.⁶³ Angesichts dieser Lage sah sich die SED-Führung unter dem neuen Generalsekretär Egon Krenz geradezu genötigt, eine direkte Ausreiseregulation zu ermöglichen. Es war nur eine Frage des Zeitpunktes.

Letztlich machte die Ankündigung, das Reisegesetz zu ändern und den Menschen mehr Freiheit zuzugestehen, die Mauer so löchrig, dass sie beim ersten Ansturm sofort einstürzte. Dennoch hatte niemand damit gerechnet, selbst der Kanzler nicht. Wenige Minuten vor der Pressekonferenz Günter Schabowskis, damals Sekretär des Zentralkomitees der SED, am Abend des 9. November 1989 in Ost-Berlin warf Lech Walesa, damals Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes »Solidarität«, in seinem Gespräch mit dem Bundeskanzler in Warschau die Frage auf, was passiere, wenn in zwei Wochen die Mauer verschwunden sei. Sachlich und nüchtern antwortete Kohl: »Wenn die Zahl der Zufluchtsuchenden noch dramatischer anwachse, werde die DDR kollabieren.«⁶⁴

Fazit

Erstens, es waren innen- und außenpolitische Faktoren der Systemabgrenzung und Entspannungsbereitschaft, die teils langfristig wirkten, teils ziemlich kurzfristig während des Jahres 1989 zusammenkamen und den Fall der Mauer herbeiführten.

Zweitens, die Fortsetzung der Entspannungspolitik von Seiten der Regierung Kohl/Genscher, Reagans SDI-Programm, das die Sowjetunion zu einer Kursänderung zwang, die Koinzidenz von wirtschaftlichem Zerfallsprozess, Misswirtschaft des sozialistischen Systems in der DDR, rüstungspolitische und technologische Unterlegenheit, westliche Embargopolitik, ebenso wie der von Gorbatschow eingeleitete Umdenkungsprozess, dem sich die SED-Führung in Ost-Berlin nicht entziehen konnte und gegen den sie vergeblich kämpfte, verursachten den Kollaps.

Drittens, Zivilcourage der Bürgerrechtsbewegung und die Massendemonstrationen, jedoch auch der pure Zufall, besser gesagt: die historische Fügung, bescherten den Deutschen die Öffnung der Türe zur Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Wie hatte es Adenauer formuliert? – »Die auf Grund innerer Entwicklungen mit Naturnotwendigkeit eintretenden Veränderungen« sind zwar »langsamer, aber erfolgreicher«.

⁶³ Besprechung der beamteten Staatssekretäre und Anlage 4: Vermerk Sterns, beide 6. November 1989, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 31), S. 482–489.

⁶⁴ Gespräch Kohls mit Walesa, Warschau, 9. November 1989, in: EBD. S. 492–496, hier S. 493.